



HESSISCHER LANDTAG

19. 11. 2009

*Dem
Haushaltsausschuss
überwiesen*

**Dringlicher Antrag
der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
betreffend Wahrnehmung der Fürsorgepflicht gegenüber
zwangspensionierten Steuerfahndern**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Finanzminister Karlheinz Weimar wird aufgefordert, sich noch heute vor dem Landtag gegenüber den aus dem Dienst entfernten Steuerfahndern zu entschuldigen, die nach Feststellung des Berufsgerichts für Heilberufe aufgrund eines fehlerhaften Gutachtens zwangspensioniert wurden.
2. Der Landtag erwartet, dass die betroffenen Beamtinnen und Beamten sowohl durch den Finanzminister, aber auch durch Ministerpräsident Koch, an den diese sich ebenfalls bereits vor geraumer Zeit vergeblich um Hilfe wandten, endlich die für den Dienstherrn selbstverständliche Fürsorge erfahren.

Wiesbaden, 19. November 2009

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Al-Wazir